



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

P/VI/300 - 28.12.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

Der Krimi fälscht Geschichte um	S. 1
Umstrittene Finanzierung der Europa-Armee	S. 3
Deutscher Film in Bedrängnis	S. 5
Nachrichten aus der Sowjetzone	S. 6

## Moskaus Isolierungstaktik

ae. Es ist auffallend, dass Wischinsky in der UNO-Tagung in Paris sich einer bei ihm ungewohnten Zurückhaltung befleißigte, wenn er auf England und Frankreich zu sprechen kam, aber sofort in die alte scharfe Tonart zurückfiel, wenn er den Disput mit seinen amerikanischen Gegenspielern führte. Die Sowjetunion befindet sich in einer Zwangslage, der Manövrierraum wird enger. Das jetzt fühlbare Gewicht der amerikanischen Rüstung stellt Stalin vor die Wahl, den dritten Weltkrieg von sich aus zu beginnen - wogegen alle Anzeichen sprechen - oder den Versuch wagen, die Vereinigten Staaten von ihren europäischen Verbündeten zu trennen.

Das Bemühen, die USA zu isolieren, nimmt geradezu groteske Formen an. Sowjetische Historiker "beweisen" heute, dass es die Vereinigten Staaten waren, die nach 1917 die Interventionskriege gegen die Sowjetunion organisierten, dass der damalige amerikanische Präsident "der Erz-Reaktionär Wilson" Pläne auf eine Zersplitterung Russlands und seine Unterwerfung durch die USA ausarbeiten liess und dass die fürchterliche Hungersnot 1921-22, die Millionen das Leben kostete, von dem amerikanischen "Imperialisten" hervorgerufen war. Das Buch eines A.V. Berezkin, mit dem Stalinpreis ausgezeichnet, geht von der allergeschichtlichen Wahrheit widersprechenden Behauptung aus, die USA hätten sich schon seit 1917 um die Weltherrschaft durch den Sieg über die Sowjet-Union

bemüht - dabei waren es gerade die USA, die den interventionslustigen Churchill zügelten und die Japaner zum Rückzug ihrer Truppen aus Sibirien drängten. Die Sowjetunion verdankt ihr Bestehen zu einem guten Teil dem damaligen amerikanischen Druck auf Engländer und Japaner.

Der Bevölkerung der Sowjetunion wird heute aber die USA als der ewige Feind, der ständige Aggressor suggeriert, während die europäischen Demokratien ihre unglücklichen Opfer seien. Diese gilt es aus der amerikanischen Bevormundung zu lösen... Untermuert wird diese Propaganda durch eine beim Kreml angeblich vorhandene Bereitschaft, den Eisernen Vorhang zu lockern, eine wachsenden Agitation für Erweiterung des Ost-West-Handels und durch die <sup>sich</sup>häufigen Einladungen an europäische Gelehrte, an den Tagungen sowjetrussischer Wissenschaftler teilzunehmen.

Die Gefährlichkeit dieser sowjetischen Taktik scheint für Washington mit ein ausschlaggebender Grund für die Entsendung ihres besten Diplomaten und Russlandskenners, George F. Kennan, zu sein. Möglicherweise glauben die Sowjets, was sie sagen, Diktatoren sind oft die Gefangenen ihrer eigenen Vorstellungen. So wie Hitler von einer - nicht vorhandenen - jüdischen Weltverschwörung überzeugt war, so glauben die Männer des Kreml - da sie nun nicht ohne Feinde existieren können - an amerikanische Weltherrschaftspläne. Sie sind bei ihnen zur fixen Idee geworden. Kennans Ernennung zum Botschafter soll den Sowjetrussen bedeuten, dass die USA ehrlich bemüht sind, in ein umfassendes, die sowjetischen Zweifel ausschaltendes Gespräch mit dem Ziel einer längeren Verständigung zu gelangen. Kein anderer ist dazu besser berufen, als Kennan, der in langjährigem Aufenthalt in der Sowjetunion einen tiefen Einblick, sowohl in die Mentalität des Kremls, als auch des russischen Volkes genoss. Kennan hält nichts von einer bewaffneten Auseinandersetzung, er ist ein Gegner des Krieges.

Wenn nicht alles trügt, wird das Jahr 1952 ganz im Zeichen von Bemühungen stehen, die Erstarrung in den Beziehungen zwischen USA und der Sowjetunion aufzulockern. Von Kennans Erfolg oder Misserfolg wird wesentlich die Entscheidung über Krieg und Frieden abhängen.

### Europaarmee zwischen Scheinwerferlicht und Nebel

Von Alfred Frisch-Paris

Mitte Februar 1951 begann in Paris die Europaarmee-Konferenz, die in diesen Tagen durch die Aussenminister zu einem gewissen Abschluss gebracht werden soll. Während langer Monate unterhielt man sich ausschliesslich über technische Fragen und liess die massgebenden politischen, sowie finanziellen Probleme völlig beiseite. Die militärischen Einzelheiten wurden auch weitgehend geregelt. Die europäischen Militärsachverständigen halten danach eine zufriedenstellende Zusammenarbeit der nationalen Militärverbände im europäischen Rahmen unter gemeinsamem Kommando für möglich. Man versichert übrigens in Paris, General Eisenhower hätte den Plan einer Europa-Armee nie so entschieden unterstützt, wenn er nicht selbst durch den Erfolg der ersten gemeinsamen Manöver in Deutschland überrascht worden wäre. Auch das Hauptquartier Eisenhowers stelle bereits trotz seines internationalen Charakters eine innerlich geschlossene Einheit dar.

In der technischen Phase der Verhandlungen kümmerten sich die Regierungen wenig um die Arbeiten ihrer Sachverständigen. Der Hauptverantwortliche war der französische Delegierte Hervé Alphand, der den Erfolg der Konferenz mehr und mehr zu einer persönlichen Prestigefrage machte. Deshalb machte er den anderen Ländern schrittweise gewisse, zunächst rein theoretische Zugeständnisse, wodurch die Europa-Armee mehr und mehr ihren vorgesehenen übernationalen Charakter verlor. Als sich schliesslich im Oktober 1951 die französische Regierung den ausgearbeiteten Plan näher ansah, vermochte sie ihr Kind nicht mehr zu erkennen und erklärte den Verhandlungspartnern, sie sei nicht in der Lage, eine Europa-Armee ohne einen klaren übernationalen Charakter zu billigen. Zu diesem Zweck wurde im November in Paris die erste - später in einer Sackgasse endende Aussenministerkonferenz einberufen. In der Frage der politischen Organisation der Europa-Armee entstand dann sehr bald ein Gegensatz zwischen Deutschland, Frankreich und Italien einerseits und den Beneluxstaaten andererseits. In Strassburg liess sich am

2. Dezember keine Lösung finden.

Soweit man bisher erfahren konnte, befaßten sich die sechs Außenminister vorwiegend mit dem politischen Hintergrund der Finanzierung der Europa-Armee. Wenn von dem gemeinsamen Budget die Rede ist, geht es offenbar weniger darum, ob die geplante Europa-Armee für die einzelnen Länder zu kostspielig sein könnte - dieser Punkt ist noch völlig ungeklärt und fällt in den Rahmen der allgemein westlichen Wiederaufrüstung und der amerikanischen Hilfe - als um die Entscheidungsgewalt, die auf finanzieller Ebene den nationalen Parlamenten verbleiben soll oder nicht. Die Beneluxstaaten möchten sich mit einer rein militärischen Integration begnügen und die einzelnen Armeen finanziell und politisch weiterhin einer nationalen Autorität unterstellen. Praktisch bedeutet das die Gewährung der erforderlichen Militärkredite durch die nationalen Parlamente und die Einstimmigkeit im vorgesehenen europäischen Ministerrat für die erforderlichen Beschlüsse. Frankreich besteht auf dem übernationalen Charakter und fordert ein gemeinsames Budget, das jedes Jahr von einem europäischen Parlament festzusetzen sei und automatisch auf die einzelnen Länder nach einem zu vereinbarenden Schlüssel verteilt werden soll. Die nationalen Parlamente müßten danach die erforderlichen Kredite ohne weitere Diskussion billigen, in Erfüllung eines internationalen Vertrages. Ausserdem entfielen im Ministerrat jedes Vetorecht.

Von zweitrangigen Punkten abgesehen, ist ein Kompromiss zwischen der französischen, der Benelux-, oder der "belgischen" Lösung kaum möglich. Ein Einlenken Frankreichs auf die belgische These gilt als ausgeschlossen, weil Paris im übernationalen Charakter der Europa-Armee die einzige Garantie gegen die Wiedergeburt einer höchst unerwünschten deutschen National-Armee sieht. Vor Beginn der Außenministerkonferenz rechnete man in Paris mit einem Verzicht Belgiens auf seinen bisherigen Widerstand. Allerdings würde die Zustimmung Belgiens eine erhebliche Vertagung der Inkraftsetzung eines Europa-Armeevertrages bedeuten, der von Belgien kaum vor Ende 1952 ratifiziert werden könnte.

Zum Stand der Quota-Debatte

Am 7. Januar tritt der aus Vertretern des wirtschaftspolitischen und des Ausschusses für Presse-, Film- und Funkfragen gebildete Unterausschuss zur Gesundung der deutschen Filmwirtschaft zusammen.

C.G. In der letzten Zeit ist durch zahlreiche Presseveröffentlichungen der Eindruck entstanden, als habe die SPD ihren Standpunkt zum vorliegenden Quotagesetzentwurf grundlegend geändert. Dem gegenüber muss festgestellt werden, dass die SPD nach wie vor nur dann bereit ist, sich mit einer Quotaregelung positiv auseinanderzusetzen, wenn ganz konkrete Voraussetzungen erfüllt sind.

Durch ein Quotagesetz sollen die Filmtheater verpflichtet werden, an einer bestimmten Anzahl von Tagen im Vierteljahr nur deutsche Filme vorzuführen. Ein derartiges Quotagesetz aber dürfte nach sozialdemokratischer Auffassung nur dann zu rechtfertigen sein, wenn es tatsächlich eine Steigerung des Anteils der deutschen Filme an den Terminen der Theater nach sich zieht. Von keiner Sparte der Filmindustrie, weder von der Produktion noch vom Verleih, ist bisher der schlüssige Beweis erbracht worden, dass der gegenwärtige Anteil der deutschen Filme an den Terminen tatsächlich unter der geforderten Quote von 27% liegt. Im Memorandum der "Arbeitsgemeinschaft der Filmindustrie in Deutschland" über den Termenschutz wird die Frage "Sind die deutschen Filmtheater schon bisher ihren Spielverpflichtungen gegenüber dem deutschen Film in dem erforderlichen Umfang nachgekommen?", lediglich mit dem Hinweis auf eine Tabelle beantwortet, die nur die Filmeinsätze in neun grösseren deutschen Städten berücksichtigt. Daraus ergibt sich ein Durchschnittsanteil von etwa 20% deutscher Filme an den Terminen. Es muss jedoch bezweifelt werden, ob diese Zahl tatsächlich dem Durchschnitt der gesamten deutschen Filmtheater entspricht.

Andererseits konnten aber auch die Filmtheater bisher noch nicht den Nachweis erbringen, dass der Anteil der deutschen Filme bereits jetzt ungefähr der Höhe entspricht, die im Quotagesetz festgelegt

werden soll, also 27%. Bevor der Presse, Funk- und Filmausschuss des Bundestages über das Quotaproblem weiter verhandelt, sollte er von der Filmwirtschaft verlangen, dass sie authentische Unterlagen über den effektiven Anteil deutscher Filme an den Terminen beibringt. Das wäre am besten durch eine Offenlegung der Verleihabrechnungen zu erreichen.

Es ist weiter zu klären, ob eine Quote die einzige Möglichkeit des Marktschutzes gegenüber der Flut der ausländischen Film-Importe bietet. Aufgrund der Zollvereinbarung von Torquay, dem sogenannten GATT-Abkommen, dem auch die Bundesregierung beigetreten ist, sollen die Zoll- und sonstigen Handelschranken weitgehend abgebaut werden. Verschiedene Gutachten vertreten nun die Meinung, dass das GATT-Abkommen nur noch eine Quota als einzige Möglichkeit des Marktschutzes für die deutsche Filmproduktion zulässt. Sollte das tatsächlich der Fall sein, dann darf man sich nicht über die damit verbundenen nachweisbaren Nachteile täuschen. Zweifellos würde eine Quota die Vormacht der Verleiher gegenüber den Theaterbesitzern stärken. In diesem Zusammenhang gewinnt die Forderung nach einem generellen Verbot des sogenannten Blind- und Blockbuchens erhöhte Bedeutung, um den Filmtheatern innerhalb der ihnen gesetzlich auferlegten Spielquote von deutschen Filmen die freie Auswahl zu garantieren. Bisher ist es fast die Regel, dass Theaterbesitzer bei Abnahme eines guten Filmes gezwungen sind, gleichzeitig eine Reihe wertloser Streifen mitabzunehmen oder Filme ins Programm aufzunehmen, die sie vorher nicht gesehen haben.

Eine entscheidende Voraussetzung aber bleibt selbst dann nach wie vor bestehen, wenn all diese Fragen geklärt sein sollten: Man sollte dem Quotagesetz nur dann zustimmen, wenn gleichzeitig konkret Massnahmen zur Reorganisation der gesamten Filmwirtschaft anlaufen. Sonst würde ein Quotagesetz die ungesunde Struktur der gegenwärtigen deutschen Filmwirtschaft genau so konservieren helfen, wie es das System der Bürgschaften bereits getan hat.

Das Ostbüro der SPD teilt mit:

Im Planungsministerium der Sowjetzone wird eine völlige Umgestaltung des Planungswesens in Angriff genommen. Als einer der wesentlichsten Gründe für diese Massnahme wird eine sowjetische Erklärung angesehen, nach der die UdSSR nicht in der Lage sei, die versprochenen Lieferungen von Walzerzeugnissen an die DDR vorzunehmen. Dadurch schwindet nach dem Ausbleiben illegaler Massenlieferungen aus dem Westen jede Möglichkeit zur Erfüllung des Fünfjahresplanes bis zum Jahre 1955. In diesem Zusammenhang gewinnt ein Besuch des stellvertretenden sowjetischen Aussenhandelsminister Grusew Bedeutung, der sich Anfang Dezember in Ostberlin aufhielt. Grusew kritisierte die unzureichende Erfüllung der Exportaufträge der SU an die DDR. Es ist bezeichnend, dass im sowjetischen Handelsministerium Pläne erörtert werden, nach denen die Leipziger Frühjahrsmesse ausfallen soll, da man nicht in der Lage sei, Aufträge entgegenzunehmen. Als wichtigstes Argument gegen dieses Vorhaben wird angeführt, dass man sich aus politischen Gründen dieses Eingeständnis der wirtschaftlichen Lage nicht leisten könne und dass man andererseits sich die Gelegenheit zur politischen Beeinflussung der Messebesucher nicht entgehen lassen wolle.

+ + +

Die sächsische LDP macht zurzeit eine ihrer heftigsten Krisen durch. Der kommissarische Landesvorstand hat sich wiederholt mit dem seit den Oktoberwahlen 1950 zu verzeichnenden rapiden Mitgliederschwund beschäftigt, der nach offiziellen Angaben 25 Prozent des Mitgliederbestandes beträgt, in Wahrheit aber wesentlich höher liegt. Der gegenwärtige kommissarische Landesvorstand besteht aus dem sächsischen Gesundheitsminister Schlesinger, der seinen Parteifreund Thürmer abgelöst hat und den stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Dr. Dyck und Helmut Müller. Der Dresdener Stadtrat Helmut Müller wird in LDP-Kreisen wegen seiner pro-sowjetischen und pro-seditischen Haltung als der "Rote Müller" bezeichnet. Müller ist der stärkste Mann des Landesvorstandes. Der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende, Dr. Wilhelm Freiherr von Stützenberg, wurde ausgetrieben, weil er das Vertrauen der Sowjets endgültig verloren hat. Die Neuwahl des Vorstandes wird voraussichtlich erst im Frühjahr 1952 stattfinden. Der Vorsitzende des LDP-Gesamtverbandes, Dr. Loch, versucht die Zeit bis dahin auszunutzen, um alle Vertrauensleute Kastners auszuschalten. Auf Dr. Lochs Betreiben wurde der bisherige Generalsekretär des Landesverbandes Sachsen, Doering, entlassen. Diese Bestrebungen werden durch Weisungen der Sowjets unterstützt, nach denen die Selbständigkeit der Landesverbände eingeschränkt werden soll. Die Landesverbände vermögen gegen diese Absichten nur geringen Widerstand zu leisten, da sie finanziell vollständig vom Zonenvorstand abhängig sind.

+ + +

Im Zuge der Ostzonenamnestie ist jetzt die wegen Amtsanmassung und Führung sich selbst zugelegter akademischer Titel zu drei Jahren Gefängnis verurteilte erste Staatsanwältin des Landgerichts Leipzig Rosina K r o s c h e l freigelassen worden. Die Kroschel war wegen ihrer scharfen Anklagereden in politischen Schauprozessen berüchtigt. Die Entlassung erfolgte mit den alten gefälschten Personalpapieren. In Freundeskreisen hat die Kommunistin erklärt, sie werde sich jetzt nach ihrer Entlassung dem SSD (Staats-Sicherheits-Dienst) zur Verfügung stellen und sich dadurch rehabilitieren.

-----

Verantwortlich: Peter Rauxau